

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Wochenblätter und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugpreis: (inkl. Post) monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark  
(ohne Aufstellungsgelder) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11, Reichsstraße 10  
und Redaktion: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18091  
Streichstunden: Montag bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr  
für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr sonstige Sprechstunde

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 11. März 1930 Nummer 59

## Youngplan mit Hilfe des Artikels 48?

Hermann Müller bei Hindenburg / Volkspartei beteiligt sich nicht mehr an Verhandlungen / SPD will durch neuen Steuerraub die Krise lösen / Setzt revolutionäre Masseninitiative gegen Youngpläne! / Fort mit der Regierung! Fort mit dem Reichstag!

Dresden, den 11. März 1930.

Die Schwierigkeiten der Hermann-Müller-Regierung haben sich über den Sonntag so verschärft, daß der Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition unwahrscheinlich geworden ist. Am Sonntag verließ die Parteiführerschaft der Regierungsparteien mit dem Kabinett ergebnislos, da die Volkspartei jedes Kompromiß in der Frage der Finanzreform des Steuerprogramms ablehnte. Am gestrigen Montag erstattete der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller dem Reichspräsidenten Hindenburg Bericht. Die Verhandlungen über die Durchführung des Steuerprogramms wurden ohne die Volkspartei von den übrigen Regierungsparteien, d. h. Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Christliche Volkspartei am Montag fortgesetzt. Das bedeutet praktisch bereits die

**Spaltung der bisherigen Regierungskoalition**  
Die bürgerliche Presse stellt fest, daß die Volkspartei nach der Annahme des Youngplans, an der sie im Reichstag noch mitwirkten, aus der Koalition hinausgeht, um der neuen Koalition die Durchführung des Steuerprogramms allein zu überlassen.

Eine deutschnationale Korrespondenz berichtet über eine Unterredung Müllers mit Hindenburg. Der sozialdemokratische Reichskanzler hat sich die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags geben lassen. In diesem Falle würden die neuen Steuererlöse auf Grund des Artikels 48 verordnet werden. Eine solche

### offene Diktatur mit Artikel 48

würde der volksparteilichen Forderung entsprechen, deren Organ, die Reichliche Zeitung, schreibt, daß nur noch übrig bleibe, daß der Reichspräsident den Reichskanzler auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung beauftragt, zur Abwendung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Inzwischen gehen die Verhandlungen mit dem Ziel der Wiederherstellung der Weimarer Koalition weiter, wiewohl die Leipziger Neuesten Nachrichten von heute morgen bereits wissen wollen, daß für die bürgerliche Volkspartei die Beteiligung an einer solchen Kombination nicht in Frage käme. Neben dem Finanzprogramm einer solchen Koalition berichten die Dresdner Nachrichten, daß die beabsichtigte Biersteuererhöhung nicht als Reichs-, sondern als Ländersteuer erhoben werden soll und die dadurch entstehende Fehlbetrag von 60 Millionen Mark durch eine

### Erhöhung der Umsatzsteuer

ausgeglichen werden soll, also durch eine Steuer, die noch in höherem Maße als die Biersteuer den proletarischen Haushalt steuerlich belastet.

Die Zustimmung über den Youngplan, die bereits gestern erfolgen sollte, ist auf den heutigen Nachmittag verschoben worden.

Die Krise Young-Deutschlands löst nicht nur die arbeitenden Massen in die Bahn revolutionärer Massenbewegungen, sondern erlöst auch, eben bedingt durch den wachsenden Kapitalisierungsprozeß, die Parteien und Spalten des bürgerlich-sozialdemokratischen Lagers. Auf der einen Seite Zentrum und Sozialdemokratie, deren Wählerbasis zu einem großen Teil aus Arbeitern, Kleinbürgern und Kleinbauern besteht, auf der anderen Seite die Deutsche Volkspartei als dem ausgesprochenen Organ des Finanzkapitals, das rücksichtslos die Klasseninteressen des entscheidenden Teiles der Bourgeoisie durchzusetzen sucht und durchsetzen wird. Während Zentrum und vor allem Sozialdemokratie verzweifelte Wanderversuche machen, ihre verdrängte Youngplanpolitik vor den arbeitenden Massen zu verschleiern, verzweifelt sich auf der anderen Seite der Druck der Volkspartei, die christlichen und sozialdemokratischen Koalitionstradanten zur zehlfachen Unterordnung unter die Pläne des Finanzkapitals zu zwingen. Dieser Kurs der Volkspartei, wie er auch durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Koalitionsangebots in Sachsen zum Ausdruck kommt, bleibt nicht erfolglos. Er wird von der Sozialdemokratie mit immer arbeiterfeindlicheren Maßnahmen beantwortet. Entscheidend für die Gesamtlage trotz aller Winkelzüge und Wanders der Parteien bleibt die Tatsache, daß sie alle, von den Nationalsozialisten bis zu den „linken“ Sozialfaschisten, aus der Krise Young-Deutschlands nur einen kapitalistischen Ausweg kennen und ihre Politik deshalb immer arbeiterfeindlicher, die Mittel zur Durchsetzung dieses Kurses immer faschistischer werden müssen.

Bei diesem Kurs löst die Bourgeoisie auf den wachsenden Widerstand der Massen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Erwerbslosenversammlungen der letzten Monate, der Aufruf der Proletariermassen, die Ereignisse vom 1. Februar und

## Die proletarische Gegenoffensive

Massenproteste gegen Belagerungszustand — Ueberfüllte Kundgebungen in Dresden

Dresden, 11. März.

In Dresden Niederstädtisch und Reichthal fanden gestern eine ganze Anzahl überfüllte Kundgebungen gegen den Belagerungszustand statt. Diese Massenversammlungen waren der Ausdruck der ungeheuren Empörung, die sich der Arbeitermassen bemächtigt durch den unerbittlichen Polizeiterror gegen die in die nächste Zukunft kämpfenden Arbeiter. In den Versammlungen wurden Resolutionen einstimmig beschlossen, in denen die Arbeiter erklären, sie werden alles daran setzen, ihren Kampf um rote Weltbeherrschung und gegen den Hunger und den Hungermord und die Strafendemonstrationen fortzusetzen; sie vertrauen der kommunistischen Partei und werden die Partei gegen alle Angriffe des Klassenfeindes schützen und am 13. März zu einem gewaltigen Hungermarsch aufrufen.

Anschließend an diese überfüllten Versammlungen fanden Demonstrationen statt, deren Kampfschrei und Disziplin ein glänzender Ausdruck für das Klassenbewußtsein der Massen.

für das hohe Niveau ihrer Kampfkraft. Die Polizei versuchte die Demonstrationen auseinanderzuprügeln. In Niederstädtisch wurden 4 Arbeiter verhaftet, in Reichthal aber scheiterten die Polizeiprozessionen an der musterfertigen Disziplin der Demonstranten.

### Stempelsteuer — Hungermarsch

Am 10. März beschäftigten sich die Erwerbslosen der Stempelsteuer Wernersstraße mit den Terrormaßnahmen der Polizei auf dem Arbeitsamt Maternstraße. Folgende Resolution wurde einstimmig gebilligt:

#### Resolution

Die am 10. März versammelten Erwerbslosen der Stempelsteuer Wernersstraße erheben schärfsten Protest gegen die Belagerung des Arbeitsamts Maternstraße. Verjammelte geloben, mit allen Kräften sich dafür einzusetzen, daß ein Stempelsteuer durchgeföhrt wird. Weiterhin werden die Erwerbslosen alles daran setzen, um den Hungermarsch durchzuführen zu helfen.

## Unterstützt den Hungermarsch!

Appell an alle Leitungen und Parteimitglieder der Kommunistischen Partei Sachsens!

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Erwerbslosenfrage in Sachsen hat die ungeheure Zahl von 450.000 erreicht. Dabei steigt trotz des Bestandes der Saisonarbeiten die Armut des sozialen Elends und des notigen Hungers noch immer eine aufsteigende Tendenz. Der Kurs Young-Deutschlands wirkt Millionen Arbeiter aufs Pfahler, noch ehe der Youngplan überhaupt im Reichstage verabschiedet ist.

Die Feitsche der Nationalisierung beschleunigt nicht nur das mörderische Arbeitstempo in den Betrieben, sondern löst im wachsenden Maße die Arbeitskräftefrei und wirft sie für immer auf den Scheinwerfer der furchtbaren Not. Jeder betriebstätige Arbeiter, der heute noch glaubt, sein färgliches Brot gesichert zu haben, gehört morgen vielleicht schon zur Hungersarmee der Millionen.

Aber der Kapitalismus ist nicht nur in der Lage, keinen Arbeitslosen Brot zu geben, er läßt die Opfer der Arbeit und der Nationalisierung auch verhungern. Eben jetzt hat die Reichsregierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister eine weitere „Reform der Erwerbslosenfürsorge“ beschlossen. Einerseits sollen die Arbeitsämter und Wohlfahrtsstellen noch weitere Millionen an den Hungerbeuteln der Erwerbslosen einsparen, andererseits soll das Recht der betriebsfähigen Arbeiter auf Rückzahlung zwölf bezahlter Lohnsteuern hantiert werden.

Angeichts dieser Entwicklung ist das kämpferische Bündnis zwischen erwerbslosen und betriebsfähigen Arbeitern, sind Massenstreiks und MassenDemonstrationen um Brot und Arbeit das dringende Gebot der Stunde.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Erwerbslosen Sachsens beschlossen, am kommenden

### 13. März einen Hungermarsch nach Dresden

durchzuführen. Er ist die Manifestation des proletarischen Kampfwillens, nicht feilschwendend zu verhungern, sondern zu

kämpfen. Die Reichsregierung mit ihrem faschistischen Anhang und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten haben den Hungermarsch mit Verhängung des Belagerungszustandes beantwortet. Statt Brot und Arbeit wollen sie den Erwerbslosen Blei und Gummimäppl geben. Aber mächtiger als Polizeiterror und Belagerungszustand ist der Lebenswille der proletarischen Masse. Schon hat aus den verschiedensten Orten Sachsens der Hungermarsch eingeleitet und die Erwerbslosen werden ihn durchführen trotz alledem.

Die kommunistische Partei steht, wie bei allen Kämpfen der proletarischen Massen, auch diesmal an der Spitze der erwerbslosen Arbeiter.

Die Bezirksleitung der KPD Sachsen fordert deshalb alle Ortsgruppen, alle Leitungen und Parteimitglieder und darüber hinaus alle Massenbewegten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, den Hungermarsch der Erwerbslosen zu unterstützen, den in größter Not befindlichen Arbeitsamerden durch weitestgehende Hilfe, durch Speise und Trank, zu helfen. In allen Orten Sachsens müssen am 13. März Versammlungen stattfinden, in denen das Bündnis zwischen betriebsfähigen und erwerbslosen Arbeitern demonstriert wird.

Organisiert eine Massenbewegung zum 13. März! Organisiert den Proteststurm gegen den Polizeiterror, der den Marsch der Erwerbslosen im Wege stellen will!

Kommunisten und Kommunistinnen, als Bannerträger des revolutionären Kampfes, tut eure Pflicht!

Es lebe der gemeinsame Kampf aller Arbeiter unter der Führung der kommunistischen Partei um Brot und Arbeit, gegen Nationalisierung und Hunger, gegen Belagerungszustand, Polizeiterror, National- und Sozialfaschismus, für ein Sowjetdeutschland!

Dresden, 11. 3. 30.

Bezirksleitung Sachsen der KPD

6. März in erheblichem Maße zu den Ursachen gehört, die die Krise der Hermann-Müller-Regierung herbeigeföhrt haben.

Das Kabinett Hermann Müller wankt. Es steht vor dem politischen Konkurs. Die Krise der Koalitionsregierung ist mehr als eine Regierungskrise, als eine Parlamentstriebe. Sie ist Signal und Ausdruck der Krise der Erhaltung des kapitalistischen Regimes, das dem arbeitenden Volk keine Erleichterungsmöglichkeiten räumt.

Es ist nicht die Aufgabe der Kommunisten, Prophezeiungen über die vermittelte Lösung der Krise zu machen. Ob keine Koalition oder große, oder Beamtensregierung, oder 8. 18, ob Übergangskabinett oder Bürgerblock, weder die Initiative der

parlamentarischen Kabinettsmitglieder, noch die Initiative Seiner Majestät des Reichspräsidenten entscheiden über den Ausgang des Konflikts. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo die Initiative der Massen von ausschlaggebender Bedeutung wird. Wir Kommunisten sehen es uns zur Aufgabe, die proletarische Masseninitiative, den revolutionären Klassenkampf, aufs höchste Maß zu steigern, um das herrschende Regime zu beseitigen. Fort mit dem Reichstag! Fort mit der Regierung! Lohn und Brot für die Arbeiter! Rote Betriebsräte und Vertrauensmännerkämpfer in allen Betrieben! Kampf gegen Belagerungszustand und Polizeiterror! Kampf für die Diktatur des Proletariats!